

**Postulat CVP-Fraktion:
«Schwerpunkte der st.gallischen Bildungspolitik**

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel macht vor unseren Schulen nicht Halt. An den Volks-, Mittel- und Berufsschulen besteht ein permanenter Reformdruck. So ist erst vor kurzem der neue Lehrplan für die Volksschule eingeführt worden, die lohnwirksame Beurteilung der Lehrkräfte ist auf Beginn des laufenden Jahres in Kraft getreten, auf das kommende Schuljahr 2000/2001 wird der Englischunterricht einlaufend ab dem 7. Schuljahr obligatorisch, die reformierten Maturitätslehrpläne an den Mittelschulen sind in Umsetzung begriffen und in der Berufsbildung sind umfassende Reformbestrebungen angelaufen. Gleichzeitig läuft das Projekt «Schulqualität», das auch die Rolle und Funktionen der Behörden zu überprüfen und die Qualitätssicherung an den Schulen sicherzustellen hat. Für die letzten beiden Teilbereiche erwartet der Grosse Rat von der Regierung Postulatsberichte.

Bereits stehen neue Reformbegehren zur Diskussion, so die Einführung der Basisstufe, das Frühenglisch an der Primarschule, die Einführung einer Abschlussprüfung am Ende der Volksschule sowie die Neupositionierung der Pädagogischen Hochschule in St.Gallen.

Die von der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell lancierte Bildungsoffensive 99, an der massgebende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Bildung mitgewirkt haben, fordert in ihrem Schlussbericht zusätzliche Reformen, so u.a. mehr Entscheidungsautonomie für die einzelne Schule sowie einen Wettbewerb unter den st.gallischen Mittelschulen.

Viele Lehrkräfte sind verunsichert und auch den Behörden fällt der Überblick über das ganze Reformspektrum schwer. Allen Betroffenen fehlt zusehends die Zeit, um die einzelnen Reformschritte und die Massnahmen seriös umzusetzen. Es besteht die Gefahr, dass im Reformgedränge letztendlich die Schülerinnen und Schüler die Leidtragenden sind, weil für das Wesentliche zu wenig Zeit verbleibt.

Die gegenwärtige Situation erfordert von der Regierung eine umfassende Lagebeurteilung und eine Schwerpunktsetzung, die sich an den mittel- und längerfristigen Bildungszielen zu orientieren hat. Gelegentlich dazu bildet unter anderem auch die Beantwortung der beiden hängigen Postulate 43.97.22 und 43.98.06, die zweckmässigerweise in ein Gesamtkonzept eingebunden werden sollen.

Die Regierung wird eingeladen, dem Grossen Rat Bericht und Antrag zu unterbreiten, welche Schwerpunkte sie in den kommenden Jahren für unser Bildungswesen für dringlich hält, in welchem Zeitraum und mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden sollen.»

10. April 2000

CVP-Fraktion